

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig
Schließfach 399
Fernsprecher Nr. 2367

spd. Nr. 9-26.6.46

Der Bayerische Verfassungsentwurf von 1946

=====

Von Dr. Wilhelm Hoegner, Bayerischer Ministerpräsident

Der bayerische Ministerpräsident hat uns auf unsere Bitte den folgenden Artikel zur Verfügung gestellt, der eine Angelegenheit behandelt, die heute eine besondere politische Bedeutung für ganz Deutschland und die gesamte innere Politik in unserem Lande hat.

Redaktion.

Mit Weisung der amerikanischen Militärregierung vom 8. Februar 1946 wurde den Ministerpräsidenten der Länder Bayern, Gross-Hessen und Württemberg-Baden Auftrag erteilt, "Vorbereitende Verfassungsausschüsse" zu bilden und ihnen die Sammlung aller wissenschaftlichen Literatur und des dokumentarischen Materials für "Verfassungsgebende Landesversammlungen" zu übertragen. Diese Versammlungen werden am 30. Juni 1946 gewählt. Sie haben bis zum 15. September 1946 ihre Verfassungsentwürfe der amerikanischen Militärregierung zu unterbreiten. Am 3. November 1946 wird dann in den Ländern der amerikanischen Zone ein Volksentscheid über die Verfassung stattfinden. Die Ausarbeitung von Verfassungen ist also nicht in das Belieben der Länderregierungen der amerikanischen Besatzungszone gestellt, sondern ist eine ihnen ausdrücklich übertragene Aufgabe, der sie sich nicht entziehen können.

Für den Inhalt der neuen Verfassungsentwürfe wurde von der amerikanischen Militärregierung die einzige Einschränkung getroffen, dass sie der künftigen Gestaltung Deutschlands nicht vorgreifen dürfen. Diese ist Gegenstand der Erwägungen der Siegermächte - dem deutschen Volk ist durch die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrscher die Möglichkeit der Selbstbestimmung genommen. Der unerlaubte Vorgriff auf die künftige Gestaltung Deutschlands könnte einmal bestehen in Bestimmungen der Landesverfassungen, nach denen sich die Länder z.B. als Glieder eines Einheitsstaates oder eines Staatenbundes bezeichnen. Die Verfassung eines Landes könnte aber auch die Bestimmung enthalten, dass ein Land für sich auf allen Gebieten die unumschränkte Staatshoheit, also die ungeteilte Souveränität in Anspruch nimmt. Durch eine solche Vorschrift, die auf einen völkerrechtlich unabhängigen Staat deuten würde, wäre zweifellos der künftigen Gestaltung Deutschlands unzulässigerweise vorgegriffen.

Der bayerische, von mir ausgearbeitete und vom Vorbereitenden Verfassungsausschuss gebilligte Verfassungsentwurf enthält weder einen Hinweis auf die künftige Stellung Bayerns in einem Deutschen Reich, noch wird darin die uneingeschränkte Souveränität Bayerns begehrt. Allerdings sind in den bayerischen Verfassungsentwurf auch die

1946 wurde den Ministerpräsidenten der Länder Bayern, Gross-Hessen und Württemberg-Baden Auftrag erteilt, "Vorbereitende Verfassungsausschüsse" zu bilden und ihnen die Sammlung aller wissenschaftlichen Literatur

Zuständigkeiten zwischen einem künftigen Reich und dem Lande Bayern nicht abgegrenzt, weil diese Abgrenzung nicht Sache einer Landesverfassung, sondern einer ihr übergeordneten künftigen Reichsverfassung ist. Auf diese Weise sind alle Möglichkeiten offengelassen, den bayerischen Verfassungsentwurf einer künftigen Reichsverfassung anzupassen. Das würde keineswegs schwierig sein. Auch im August 1919 wurde die bayrische Staatsregierung vom Landtag ermächtigt, an der damals ebenfalls schon vorliegenden bayerischen Verfassungsurkunde jene Berichtigungen vorzunehmen, die durch die Inkraftsetzung der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 erforderlich geworden waren. Das konnte in einer einzigen Sitzung des Ständigen Ausschusses des bayerischen Landtags geschehen.

Der bayerische Verfassungsentwurf von 1946 enthält einige Abschnitte, die ihrem Wesen nach zweifellos in eine künftige Reichsverfassung gehören. Das trifft zum Teil auf den vollständigen Katalog der Grundrecht und Grundpflichten zu. Allerdings waren auch in der bayerischen Verfassung von 1919 noch gewisse Grundrechte enthalten, obwohl sich Bestimmungen darüber in der Reichsverfassung von Weimar befanden. Auch in der Schweiz sind die Grundrechte zum Teil in der Bundesverfassung, zum andern Teil in den Verfassungen der einzelnen Kantone niedergelegt. Vom Standpunkt der Systematik der Gesetzgebung ausgeht die Aufstellung der Grundrechte sicherlich in eine Reichsverfassung. Die Länderverfassungen sollten sich auf zusätzliche Bestimmungen beschränken.

Im übrigen aber hängt die Verteilung der Verfassungsbestimmungen zwischen Reichs- und Landesverfassung von der künftigen staatsrechtlichen Struktur Deutschlands ab. Mein Standpunkt ist hinreichend bekannt: Ich trete für einen deutschen Bundesstaat mit starkem Eigenleben der Länder ein. Die Zuständigkeit einer Reichsgewalt könnte sich m. E. auf Wirtschaft und Währung, Sozialpolitik, Zollwesen, Verkehrspolitik, einheitliche Gesetzgebung im Zivil-, Straf- und Steuerrecht und auswärtige Politik beschränken, sobald wir wieder in die Lage kommen, eine selbständige Aussenpolitik zu betreiben. Die im bayerischen Verfassungsentwurf enthaltenen Bestimmungen über das Wirtschaftsleben würden dann jenen in der künftigen Reichsverfassung weichen müssen.

Der bayerische Verfassungsentwurf stellt also weder eine Improvisation nach einem eilfertigen Versuch dar, vollendete Tatsachen zu schaffen oder den Weg zum Neuaufbau Deutschlands zu versperren. Nachdem die künftige Gestaltung Deutschlands auf sich warten lässt, hat die amerikansiche Militärregierung mit Recht die vorläufige Ordnung des Verfassungslebens in der Ländern ihrer Zone angeordnet. Das mag den Nachteil haben, dass gewisse Teile der Länderverfassung später bei den Schöpfung einer Reichsverfassung wieder ausscheiden müssen. Dem steht als Vorteil die vorläufige Klärung der Meinungen auf manchen Gebieten und die Möglichkeit gegenüber, Mustergültiges auch für die künftige Reichsverfassung zu schaffen. Die Übernahme gewisser Abschnitte der Länderverfassungen in eine künftige Reichsverfassung würde durch die von der amerikanischen Militärregierung in Aussicht genommene Weisung erleichtert, die künftig für das Reich in Betracht kommenden Zuständigkeiten vorläufig den Ministerpräsidenten der Länder entweder einzeln oder zu gesamer Hand, in letzteren Falle beim Länderrat in Stuttgart, zu übertragen. Voraussetzung dafür wäre, dass sich die Siegermächte über die künftige Gestaltung Deutschlands und die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern bereits einig sein würden. Vorläufig scheint das noch in weiter Ferne zu liegen.

Sperrfristen bei den Kommunalwahlen Revisionsbedürftige Bestimmungen

spd. Zu den Gemeinde- und Kreiswahlen in der britischen Zone, am 15. September und 13. Oktober haben die zuständigen Stellen ausführliche Bestimmungen veröffentlicht. Man hat sich hier und da in der Öffentlichkeit auch bereits analysierend und kritisch mit dieser Wahlordnung befasst.

Ein Punkt, der in der Tat Anlass zu besorgten Überlegungen bietet, ist die Festsetzung des Zeitraumes, den ein Kandidat in einem Wahlkreis, in der er nominiert werden soll, gewohnt haben muss, ehe er wählbar ist. Es ist das eine Zeitspanne, die bei den Wahlberechtigten mit rund sieben Monaten auch schon recht beträchtlich ist, wenn auch die grundsätzliche Berechtigung einer Sperrfrist überhaupt gerade für Wahlen kommunalen Charakters natürlich nicht bestritten werden kann. Das passive Wahlrecht aber wird an eine Frist von 18 Monaten, also von eineinhalb Jahren, geknüpft. In der ersten amtlichen Verlautbarung über die Anberaumung von Wahlen war gesagt worden, dass für zurückkehrende Kriegsgefangene, ehemalige politische Rückkehrer (also Emigranten) Ausnahmestimmungen vorgesehen seien. In diese Richtung weist unseres Wissens nur die später erschienene Bestimmung: "Wer vorweniger als 12 Monaten vor dem Nennungstag (für die Gemeindevahlen ist dies der 31. August, für die Kreise und für Hamburg und Bremen der 8. September) aus politischer Haft entlassen wurde, für den kann dieser Termin auf drei Monate herabgesetzt werden."

"Vor weniger als 12 Monate vor dem Nennungstag" heisst mit anderen Worten: wer nach dem September 1945 aus dem KZ entlassen wurde. Um diese Zeit aber gab es keine KZ-Häftlinge mehr, so dass diese Bestimmung auf einem Irrtum beruhen muss. Jedenfalls würde sie praktisch keine Bedeutung haben. Für die Flüchtlinge und die zurückgekehrten Emigranten ist bisher noch keine Ausnahmestimmung, wie angekündigt, erlassen worden, so dass nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge solche Personen aus dem Kreise der Wählbaren automatisch ausgeschlossen sind.

Die SPD, die auch bei jeder anderen Gelegenheit für die Rechte der Flüchtlinge, der KZ-Häftlinge und der Emigranten eingetreten ist, vertritt die Ansicht, dass hier eine Überprüfung oder Ergänzung der erlassenen Bestimmungen eine dringende politische Notwendigkeit und ein Gebot der Gerechtigkeit ist.

T a t s a c h e n

spd. Als der frühere kaiserliche Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg am 26. April 1925 zum Präsidenten der Deutschen Republik gewählt worden war - Tirpitz hatte ihn dazu vorgeschlagen - wurden die Bezüge des Reichspräsidenten von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages gegenüber denen des ersten Präsidenten Friedrich Ebert verdoppelt. Hindenburg selbst hatte die Anregung dazu gegeben.

Sisyphusarbeit

Eine Abordnung von Hafenarbeitern hat vor einiger Zeit die Gerüchte überprüft, dass Lebensmittel aus Deutschland nach England gebracht worden seien. Darüber berichteten die Zeitungen. Die Besichtigung hatte die Sinnlosigkeit dieser Gerüchte erwiesen.

"wenn das einer glauben soll!" bemerkte meine Gesprächspartnerin dazu. Meine bescheidene Frage, warum denn das so unglaublich sei, wurde mir mit dem Hinweis abgetan: "Na, wo bleiben denn die ganzen Nahrungsmittel, warum müssen wir denn hungern? Die anderen sind nun mal die Sieger und holen raus, was sie rausholen können. Wir haben es ja nicht anders gemacht, als wir noch obenauf waren."

Diese junge Dame ist in allgemeinen recht gescheit und kritisch. Aber sie ist fast seit ihren 15. oder 16. Lebensjahr im Wirkensbereich erst nationalistischer, dann nationalsozialistischer Denkart und Propaganda aufgewachsen. Ihren Geist lies es, wenn er aufs Politische gelenkt wird, z.B. unmöglich, sich vorzustellen, dass ein siegreiches Volk zu einem anderen Zwecke ein besiegtes Land besetzt hält als dem, es auszuplündern. Wer die Dinge anders sieht, ist nach ihrer Meinung einfach hoffnungslos dumm. Sie müsste eigentlich bei ihrem sonst so ausgebildeten kritischen Sinn auch darauf kommen, dass in der englischen Zone ja fast doppelt so viel Menschen leben als früher, dass dieser Teil Deutschlands industriebestimmt ist und schon früher zum grössten Teil von Einfuhren lebte. Sie weiss das alles auch. Aber dieses Wissen versinkt in den Augenblick, in dem ein interessantes Gerücht auf Kosten der "Feinde" auftaucht.

Leider repräsentiert diese junge Dame die Denkweise unzähliger Zeitgenossen, die wohl Jahre lang jeder auch noch so törichten Nachricht Glauben schenkten, wenn sie nur den Stempel der Verunglimpfung des Gegners trug und die nun überlegen lächelnd mit dem Finger an die Stirne tippen, wenn ihnen irgend jemand etwas berichtet, was nicht in ihre gewohnte Vorstellungswelt hineinpasst. Jeder aber, der zu seinem Teil dazu beitragen will, an der Erneuerung des politischen Denkens in Deutschland mitzuarbeiten, seufzt beklommen: Sisyphus, du hast es leicht gehabt....

Wer von der Saar will zu Frankreich?

Eine interessante französische Stimme

spd. Eine Rundfrage der in Metz erscheinenden Zeitung "Républicain Lorrain" an ihre Leser, ob die Saar französisch oder nicht werden sollte, ergab ein überwiegendes Nein aus politischen Gründen. Man schrieb zum Beispiel: "Die Saarländer in unsere Gemeinschaft aufnehmen, hiesse, eine Schlange beleben und an unseren Busen nahen. Ihr Herz gehört der rechten Seite des Rheins." "Die Saar? Ja! Die Saarländer? Nein!" "Für die Saarländer ist die erwünschte Angliederung nichts als eine Politik des Brotkorbs." "Kein neues Danzig!"

Zu einem überraschenden Ergebnis kommen Überlegungen der Zeitung "La République", Toulouse, die den zunächst paradox klingenden Satz aufstellt: "Die heutigen Befürworter des Anschlusses an Frankreich sind vor allem die Mitglieder der "Deutschen Front", die 1935 eine Hass-Kampagne gegen uns und für den Anschluss an Deutschland führten, und

die inzwischen offensichtlich fanatische Nazis geworden waren. Sie haben die "Bewegung für die Vereinigung des Saargebietes mit Frankreich" geschaffen. Alle Grossindustriellen, Bergwerks- und Hüttendirektoren sind keine Hitlerianer. Nun wird uns der Preis ihrer plötzlichen Zuneigung zu uns klar. Die Angliederung an Frankreich bedeutet für sie? Schwamm über alles, was sie gegen uns, gegen die Demokraten, gegen die Juden zwölf Jahre lang gesündigt haben." -

Das Blatt verlangt in Anschluss an diese Feststellungen die "wirkliche und vollkommene Kontrolle über die Saarwirtschaft", lehnt aber die politische Annektierung ab und zwar vor allem deshalb, weil die Eingliederung in den französischen Staatsverband besonders von den deutschen Kreisen gewünscht wird, auf die man in Frankreich selbstverständlich den geringsten Wert legt.

Philip Noel-Baker

Der neue Vorsitzende der Labour-Party

spd- Auf dem grossen Pfingstkongress der Labour-Party trat turnusmässig ein Wechsel in der Führung der englischen Arbeiterpartei ein. Anstelle von Professor Laski wurde Staatsminister Noel-Baker Vorsitzender, der die englische Regierung neben Sir Alexander Cadogan in der UN vertritt und der englischer Hauptdelegierter auf zahlreichen internationalen Konferenzen war.

Noel-Baker, der heute 57 Jahre alt ist, ist ausserhalb Englands, jedenfalls aber in Deutschland, nicht so bekannt wie Attlee, Bevin, Morrison oder selbst Prof. Laski. Und doch ist der neue Vorsitzende der Labour Party ein Mann, der seit Jahrzehnten, praktisch seit dem Ende des ersten Weltkrieges sehr einflussreiche politische Stellungen in England innegehabt hat. In Paris bzw. Versailles gehörte er zur englischen Friedensdelegation, bis 1922 war er auf massgebenden Posten des Völkerbundssekretariates tätig, 1924 berief man ihn an die Londoner Universität auf den Lehrstuhl für internationale Beziehungen. Seit damals hat Noel-Baker enge Fühlung besonders mit deutschen Linksparteien gehabt, wie überhaupt ein Interesse und Verständnis für deutsche Fragen bei ihm unverkennbar ist, eigentlich seit der Zeit, in der er an der Münchener Universität Völkerrecht hörte.

Seit 10 Jahren vertritt Noel-Baker als Vertreter der Labour-Party den englischen Wahlkreis Derby im Unterhaus. Im ersten Labour-Kabinet machte ihn der damalige Aussenminister Henderson zu seinem Privatsekretär, ein Posten, dessen Bedeutung über die deutsche Vorstellung, die mit diesem Titel verbunden ist, weit hinaus geht. Den ersten Ministerposten erhielt Noel-Baker im Kriegskabinet Churchill, um anschliessend auch vom neuen Premier Attlee übernommen zu werden.

Noel Baker ist als Sohn eines Quaker-Abgeordneten geboren, er studierte in Cambridge. Schon mit 25 Jahren wurde er Vizepräsident des Fests-Colledge, einer Volkshochschule, in der Studenten aus Kreisen der Arbeiterschaft für die Tätigkeit in den Gewerkschaften und im politischen Leben ausgebildet werden. Im ersten Weltkrieg bildete und leitete er die 1. fahrende Sanitätskolonne der Quäker. Als besonders bemerkenswerte Eigenschaften werden an ihm Umgänglichkeit, Aufgeschlossenheit und Vielseitigkeit der Interessen hervorgehoben. Er ist ein überdurchschnittlicher Redner und ein begeisterter Freund des Sportes.

Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Fritz Sänger, Braunschweig